

amnesty international
Menschenrechte und sexuelle Identität (MERSI)
Postfach 350449
10213 Berlin
www.mersi-amnesty.de
info@mersi-amnesty.de

Lech Kaczyński
Präsident von Polen
Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej
Kancelaria Prezydenta RP
ul. Wiejska 10PL-00-902 Warszawa

Sehr geehrter Herr Präsident,

amnesty international zeigt sich über die vorherrschende Intoleranz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) in Polen besorgt. Einige Beispiele für das Klima der Homo- und Transphobie:

- Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Oktober 2005 kündigten Sie an, Homosexuellen-Demonstrationen zu verbieten, da die „öffentliche Zurschaustellung und Förderung von Homosexualität“ nicht erlaubt werde.
- Zu den ersten Entscheidungen des neuen Parlamentes zählte die Abschaffung des/der Gleichberechtigungsbeauftragten. Polen ist damit das einzige Land in der EU ohne eine/n solche/n Beauftragte/n.
- Am 15. November 2005 wurde der von polnischen FeministInnen und LGBT-Gruppen organisierte „Gleichheitsmarsch“ durch den Bürgermeister der Stadt Poznań verboten.
- Am 28. April 2006 attackierten GegendemonstrantInnen in Kraków die „Parade der Toleranz“.
- Der stellvertretende Erziehungsminister Miroslaw Orzechowski gab am 13. März 2007 einen Gesetzesvorschlag seines Ministeriums bekannt, der die „Förderung von Homosexualität und anderen sexuellen Abweichungen“ in polnischen Schulen verbieten will. Dies hätte u.a. zur Folge, dass SchülerInnen in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt würden und könnte eine Verfolgung derjenigen bedeuten, die für die Gleichberechtigung unabhängig der sexuellen Orientierung eintreten.

Wir fordern die polnischen Behörden auf, sicherzustellen:

- dass Angestellte des öffentlichen Dienstes Abstand von homophoben Äußerungen gegenüber der LGBT-Community nehmen,
- dass die Polizei und andere gesetzesausübende Organe **LGBT-Menschen** in größtmöglichem Maße **vor Gewalt schützen**,
- dass **Angriffe und Drohungen gegenüber LGBT-Menschen** aufgrund ihrer sexuellen Identität oder Geschlechtsidentität eingehend und unabhängig **untersucht** werden und dass eine strafrechtliche Verfolgung der Verdächtigen solcher Taten gewährleistet wird,
- dass **die polnische Anti-Diskriminierungsgesetzgebung** ausdrücklich das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Genderausdruck beinhaltet und dass keine Gesetze verabschiedet werden, die eine solche Diskriminierung in Schuleinrichtungen ermöglichen.

Name	Vorname	Anschrift	Unterschrift

Bitte senden Sie die Liste bis zum 31. 5. an die obenstehende Adresse oder an MERSI (Adresse s. o.).